



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SSW
zu „Aussetzung der Flächenstilllegung“ (Drucksache 20/137)

Nachhaltige Versorgungssicherheit gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, den Vorschlag des Bundeslandwirtschaftsministers zur Nutzung der von der EU-Kommission eröffneten Möglichkeit der Aussetzung der GLÖZ 7 und GLÖZ 8 für das Jahr 2023 umzusetzen.

Vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ist es auf den weltweiten Agrarrohstoffmärkten zu Knappheiten und Verwerfungen gekommen. Aus diesem Grund wird auch Schleswig-Holstein diese Ausnahmeregelung für das kommende Anbaujahr umsetzen. Die dadurch zusätzlich zur Verfügung stehende Anbaufläche in Schleswig-Holstein kann dabei nur einen bescheidenen Teil zur Lösung der Hungerkrise in vielen Regionen der Welt beitragen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Ziele des „Green-Deal“ und der „Farm-to-Fork-Strategy“ weiter vorangebracht, gemeinsam mit der europäischen Agrarpolitik gedacht werden und eine nachhaltige Versorgungssicherheit gewährleistet wird. Anpassungen aufgrund von aktuellen Entwicklungen sind damit angemessen zu berücksichtigen.

Der Klimaschutz und der Schutz der biologischen Vielfalt stehen nicht im Gegensatz zur Ernährungssicherheit, sondern sind deren Voraussetzung. Aus diesem Grund sollen Umwelleistungen in dem zukünftigen System stärker honoriert werden.

Rixa Kleinschmit
und Fraktion

Dirk Kock-Rohwer
und Fraktion

Christian Dirschauer
und Fraktion